

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Bernhard Kaster.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Bernhard Kaster (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! 2008, 2009, dann 2011

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Ja!)

u

I bei Abgeordneten der LINKEN)

Man kann festhalten: Ihre Wiedervorlage für alte Hüte funktioniert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit kein falscher Eindruck aufkommt: Transparenz im Deutschen Bundestag ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wenn dennoch in der Öffentlichkeit gelegentlich der Eindruck aufkommt, in der Gesetzgebung würden Interessen einseitig gegenüber anderen Interessen bevorzugt oder die unterschiedlichen Interessen nicht richtig abgewogen, müssen wir darüber debattieren und darauf reagieren.

(Zuruf von der LINKEN: Niemand hat die Absicht ...!)

W

ber sein: Es macht doch keinen Sinn, ständig mit beliebigen politischen Kampfbegriffen umzugehen, dabei bewusst die tatsächlichen parlamentarischen Abläufe ganz auszublenden,

(Beifall des Abg. Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU])

dann populistisch einen klassischen Schaufensterantrag zu stellen

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Was ist denn daran populistisch?)

u

fensteranträge sind das, wider besseres Wissen!

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Im Gegenteil, wir haben dazugelernt!)

Ein paar Fakten: Erstens. Seit 1972 besteht auf der Grundlage der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ein bis heute fortgeführtes und immer wieder aktualisiertes Lobbyistenregister. Dort werden aktuell von rund 2 000 Verbänden die Namen, die Zusammensetzung In - bereich, die Mitgliederzahl, die Namen aller Verbandsvert

spielsweise auch zwingende Voraussetzung für die Teilnahme an Anhörungen. Das ist das, was wir hier im Deutschen Bundestag praktizieren.

Es ist für uns überhaupt kein Problem – da kann der Antrag der Grünen durchaus eine Basis sein –, über mögliche Zusatzangaben oder Weiterungen zu diskutieren, soweit nicht andere Schutzbereiche berührt werden wie beispielsweise das informationelle Selbstbestimm

(A) heit nach unserem Grundgesetz. Das war aber immer das Problem der Vorschläge, die Sie hier unterbreitet haben.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Jetzt bin ich gespannt, wie Sie das begründen!)

Zweiter Fakt: Interessenvertretung gehört zum Wesen der parlamentarischen Demokratie. Interessenvertretung ist für jeden Abgeordneten Hauptwesensmerkmal seiner Tätigkeit. Das fängt bei den Interessen und Wünschen aus dem Wahlk . Aber bei Ihren Anträgen lassen Sie immer den Eindruck aufkommen, Sie möchten gerne unterscheiden zwischen guten Interessen und bösen Interessen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Oder, wie es einmal in der Kommentierung einer großen Zeitung formuliert war: Böse Interessenvertreter nennt man Lobbyisten, gute Interessenvertreter nennt man Nichtregierungsorganisationen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Nicht zugehört!)

Fakt Nummer drei, den ich gerne in diese Debatte einbringen möchte: Mir fällt kein anderes Parlament ein, das so sehr auf Transparenz und Öffentlichkeit achtet wie der Deutsche Bundestag. Die öffentlichen, kontroversen Debatten zu wirklich fast jedem Gesetz beweisen das doch. Kaum ein Gesetz wird ohne öffentliche Anhörung unterschiedlichster Interessenvertreter beschlossen; und die Durchführung einer Anhörung ist im Übrigen, wie so vieles im Deutschen Bundestag, ein Minderheitenrecht.

(B)

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ohne Livestream!)

Allein am vergangenen Montag fanden hier im Bundestag sechs öffentliche Anhörungen statt.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Bis dahin ist doch alles gelaufen!)

Bei diesen Anhörungen wurden zwischen drei und elf Sachverständige gehört, wie Verbrauchervertreter, Vert

Institutionen – also auch Interessenvertreter – geladen. Diese Anhörungen sind öffentlich, und das gilt nicht nur für die Anhörungen als solche, sondern auch für die Protokolle und die eingereichten Stellungnahmen. Alles wird ins Netz gestellt und ist öffentlich.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wir reden auch über die Bundesregierung!)

– Auf das Thema komme ich auch noch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, über all dies und darüber, wie wir Öffentlichkeit noch weiter perfektionieren können, lässt sich noch weiter streiten. Was aber nicht geht – und das finde ich auch beschämend –, ist,

dass solche Anträge, wie beispielsweise der von den Grünen heute, so begründet werden – es geht um einen Antrag im Deutschen Bundestag –, dass man schreibt, die „Durchsetzung von Interessen“ gehe „mit illegitimen Vorteilen oder Geldzahlungen“ einher. „Korruption, Klüngelwirtschaft und undurchsichtige Mausechelen beschädigen die demokratischen Institutionen und zerstören das Vertrauen in die Politik.“ Sie wissen ganz genau, dass das im Deutschen Bundestag nicht so ist. Wo der bessere Wissen sollten wir, auch wenn es um die Begründung eines solchen Antrags geht, so nicht über unser Parlament sprechen. Wir sollten stolz darauf sein, welche Kultur wir im Deutschen Bundestag haben und wie auch dieses Thema hier behandelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen hat diese Koalition erst im vergangenen Jahr zusätzlich zu der schon im Strafgesetzbuch verankerten Strafbarkeit des Stimmenkaufs die Abgeordnetenbestechung ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Das war im vergangenen Jahr.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ja, ja, wir erinnern uns!)

Völlkommen irreführend und an der Wirklichkeit vorbei gehen aber auch die Passagen – Sie haben sie eben erwähnt –, mit denen Sie tatsächlich den Eindruck erwecken wollen, dass sich per Register oder Ausweisregime die einzelnen Gesprächspartner der Abgeordneten – vom Besucher aus dem Wahlkreis bis zum Verbandsvertreter – bestimmen ließen. Jeder Abgeordnete – das gehört zum Wesen eines freien Abgeordneten und eines freien Parlamentes – m

le-

ben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt anführen, bei dem wir Ihnen im Grundsatz zustimmen: Unsere Ministerien und die Bundesregierung müssen immer so viel unabhängige Fachkompetenz selbst vorhalten, dass die Gesetzgebungsarbeit alleine dort vorbereitet wird. Der wünschenswerte Austausch zwischen Wirtschaft und Politik sowie zwischen Politik und Wirtschaft darf natürlich nicht so weit getrieben werden, dass man zu missverständlichen Auslegungen gelangt.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Oh! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber so!)

Zum Schluss erlaube ich mir, wie Sie mit Ihrem ganzen Antrag, auch eine Wiederholung, und zwar die Wiederholung eines Zitates unseres Bundestagspräsidenten aus einer Rede in der Dresdner Frauenkirche. Das Thema war: „Interessen gegen Gemeinwohl – Gerechtigkeit in der Politik“. Es ging darum, dass die meisten Menschen mit der Wahrnehmung von Interessen – auch

(A) in organisierter Form – kein Problem haben – jetzt kommt das wörtliche Zitat –,

wenn es sich um ihre

– das heißt, die eigenen –

Interessen handelt, während dann, wenn eigene Interessen mit anderen kollidieren, die ärgerlicherweise auch noch organisiert vertreten werden, sich beinahe reflexhaft Empörung einstellt.

Das Zitat geht weiter:

Und die inzwischen handelsübliche Form der Empörung ist heutzutage mit dem Begriff „Lobbyismus“ verbunden.

Ende des Zitates und auch Ende meiner Rede.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Britta Haßelmann für Bündnis 90/Die Grünen.